

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Europäische Jahr der Jugend 2022 gemeinsam gestalten!

Derzeit leben ca. 75 Millionen junge Menschen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren in der EU. Diese Union muss zukunftsfest für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gestaltet werden. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine haben sich diese Herausforderungen dramatisch verschärft. Frieden in Europa ist die unabdingbare Voraussetzung und Grundlage für die zukünftige auf Freiheit und Wohlstand basierende Entwicklung der Gesellschaft.

Viele junge Menschen bewegt zutiefst, dass ihre Altersgenossen in diesem Krieg ihr Leben aufs Spiel setzen müssen. Sie erleben Ängste, die seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ Anfang der Neunziger Jahre überwunden schienen. Gleichzeitig engagieren sie sich auf vielfältige Weise bei Hilfsmaßnahmen und Unterstützungsaktionen. Tagtäglich erreichen uns Ukrainerinnen und Ukrainer auf der Flucht, darunter auch viele junge Menschen. Wir setzen alles daran, sie bestmöglich willkommen zu heißen und zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund steht das europäische Jahr der Jugend unter neuen besonderen Vorzeichen. Der Krieg gegen die Ukraine rückt das Thema „Frieden in Europa“ ganz besonders in den Fokus und wird die Agenda des Europäischen Jahres der Jugend stark prägen.

Gerade junge Menschen müssen im Zentrum unserer politischen Entscheidungen und Prioritäten stehen, die sich unmittelbar auf die Lebensbedingungen der Zukunft und damit der heutigen Jugendlichen und der zukünftigen Generationen auswirken. Deshalb ist es so wichtig, junge Europäerinnen und Europäer bei Zukunftsthemen, wie Friedenssicherung, Umwelt- und Klimaschutz, Forschung und Digitalisierung, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und Mobilität, zu beteiligen.

Um die Unterschiede zwischen Alt und Jung - zwischen den Generationen - zu überbrücken, ist es geboten, mit jungen Menschen im Austausch zu bleiben bzw. zu treten, ihnen konkrete Chancen zu eröffnen und sie in Politik und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Viele gute Beispiele, so auch die aktuelle Hilfsbereitschaft, zeigen bereits heute, dass die Jugend engagiert für ihre Ideen und Überzeugungen eintritt. Dies gilt es zu unterstützen und zu fördern.

Die EU setzt schon seit mehreren Förderperioden einen ganz besonderen Schwerpunkt auf die Förderung der Zukunftschancen von Jugendlichen. Die hierdurch dem Land Brandenburg zur Verfügung stehenden Mittel werden in zahlreichen Programmen des Landes vielseitig eingesetzt, um Jugendlichen und jungen Menschen den Weg in eine Ausbildung oder in ein Studium zu ebnen.

Besonders sind die Brandenburger Einsatzstellen für den Europäischen Freiwilligendienst hervorzuheben, die sowohl europäische Begegnungen aber auch Einsätze im außereuropäischen Ausland, auch in Ländern des Globalen Südens, in vielfältigen Lebensbereichen ermöglichen.

Neben Erasmus+, dem Europäischen Solidaritätskorps und den Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes erlauben es die bilateralen Jugendwerke und Koordinierungsstellen für den Jugendaustausch jungen Menschen, Europa durch persönliche Begegnungen mit jungen Menschen aus anderen Ländern zu erfahren. Das Deutsch-Französische und das Deutsch-Polnische Jugendwerk bilden wichtige Eckpfeiler unserer europäischen Jugendpolitik. Sie ermöglichen unter anderem prägende interkulturelle Austauschfahrten und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Vertiefung der gesellschaftlichen europäischen Integration. Der Jugendaustausch innerhalb Europas sollte stetig unterstützt und ausgebaut werden.

Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag begrüßt, dass mit dem „Europäischen Jahr der Jugend“ das Engagement dieser jungen Generation gewürdigt wird. Nur wenn der jungen Generation eine starke Stimme gegeben wird, kann sie sich weiterhin mit ihren Ideen und Überzeugungen aktiv in den europäischen Gestaltungsprozess einbringen und dem fortlaufenden Prozess der Europäischen Integration zusätzliche Impulse geben.
2. Der Landtag bekräftigt, dass die EU das Mitwirken der gesamten Jugend an einer besseren, sozial- und klimagerechteren, digitaleren und inklusiveren Zukunft benötigt.
3. Der Landtag würdigt dabei die Generation von jungen Menschen, die unter Corona am meisten gelitten hat und ermutigt sie gleichzeitig, die Chancen eines freien und grenzenlosen Europas für ihre persönliche, soziale und berufliche Weiterentwicklung zu nutzen und sich staatsbürgerlich sowie politisch zu betätigen.
4. Der Landtag appelliert an die junge Generation, sich in wichtige Konsultationsprozesse, wie die Konferenz zur Zukunft Europas und den Jugenddialog der EU sowie andere öffentliche Maßnahmen auf EU-, nationaler und lokaler Ebene einzubringen. Hierfür sollten Möglichkeiten zur besseren Kenntnisnahme dieser Angebote ausgeweitet werden.
5. Der Landtag würdigt das Engagement der vielen Akteurinnen und Akteure des Jugendaustauschs, insbesondere der Jugendwerke und der Partnerschaftsbeauftragten, die dazu beigetragen haben, auch unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie ihre Tätigkeiten mit digitalen oder hybriden Formaten fortzusetzen und Jugendaustausche auf diesem Wege zu ermöglichen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personalstellen und Haushaltsmittel

1. das „Europäische Jahr der Jugend“ zu nutzen, um die Debatte über gutes Leben junger Brandenburgerinnen und Brandenburger auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu verstetigen mit dem Ziel, nachhaltige Zukunftsperspektiven für die junge Generation zu schaffen, Freiräume zu sichern und starke Rechte für die Jugend zu verwirklichen;
2. sich den Herausforderungen auf die Gestaltung des Europäischen Jahres der Jugend durch den Krieg in der Ukraine zu stellen, geplante Formate ggf. entsprechend flexibel anzupassen sowie über Bildungsangebote und kulturelle Teilhabe die Begegnung und den Austausch mit den jungen Geflüchteten zu fördern;
3. sich in den Prozess der Gestaltung des Europäischen Jahres der Jugend unter Einbindung der Ideen und Vorstellungen junger Leute aktiv einzubringen und dabei bereits bestehende Projekte zur Teilhabe junger Menschen zu intensivieren;
4. sich dafür stark zu machen, dass junge Menschen und ihre Interessenvertretungen in die europäische und nationale Politikgestaltung, beispielsweise bei Diskussionen und Entscheidungsprozessen zum Thema Umweltschutz und Klimawandel, einbezogen werden;
5. auf Landesebene eigene Formate zu schaffen, in denen junge Menschen sich mit Europapolitik und ihrem Bezug zu Europa auseinandersetzen, und sie schon bei der Konzeption der Formate zu beteiligen;
6. bestehende Informationen über demokratische Mitwirkung und praktische Begegnungsmöglichkeiten in Europa wie zum Beispiel die Konferenz zur Zukunft Europas und den Jugenddialog der EU jugendgerecht aufzubereiten und zu kommunizieren;
7. weiterhin vielfältige Austauschprogramme und Begegnungen mit anderen jungen Europäerinnen und Europäern zu schaffen, um den Jugendlichen den freien Zugang zu anderen Kulturen zu ermöglichen und damit das Bewusstsein für Vielfalt und Diversität zu befördern;
8. im Rahmen der Zusammenarbeit in den Partnerregionen des Landes, insbesondere mit den polnischen Nachbarregionen, gemeinsame Jugendprojekte zu fördern;
9. dass Europamobil der Stiftung Genshagen weiterhin zu unterstützen, mit dem in jedem Jahr Studierende aus verschiedenen Ländern Schulen in den Staaten des Weimarer Dreiecks besuchen und Projekttag gestalten;
10. dafür zu werben, dass das Deutsch-Polnische und das Deutsch-Französische Jugendwerk im Sinne des Weimarer Dreiecks stärker multilaterale Kooperationen fördern;
11. für die Einrichtung eines multilateralen Jugendwerks für den Ostseeraum zu werben;
12. gegenüber dem Bund darauf hinzuwirken, dass dieser angesichts der Wertschätzung für die Jugendfreiwilligendienste dauerhaft finanzielle Mittel - mindestens im bisherigen Umfang - zur Verfügung stellt. Zudem sollten die Möglichkeiten der Anrechnung von Freiwilligendiensten bei bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen genutzt werden.

13. in allen Politikbereichen geeignete Rahmenbedingungen unter Einbeziehung von jungen Menschen zu schaffen, um der Jugend gute Angebote - vor allem für Bildung, Berufswahl, Freizeitgestaltung, Mobilität und digitale Vernetzung - zu unterbreiten;
14. sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, die weiterentwickelte Jugendgarantie der Europäischen Union zu stärken, um zielführend sozialversicherungspflichtige und unbefristete Vollzeitstellen für Jugendliche und junge Erwachsene zu schaffen;
15. die Interessen und Bedürfnisse der Jugend in allen Politikbereichen und bei Entscheidungsprozessen auf Landesebene mit besonderer Beachtung zu berücksichtigen und dafür der Jugend in altersgerechten Formaten verstärkt die Möglichkeit zu geben, ihre Prioritäten politischen Akteurinnen und Akteuren mit auf den Weg zu geben;
16. Mittel aus den europäischen Fonds mit besonderer Priorität für die Bedürfnisse junger Menschen einzusetzen;

Begründung:

Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen hat am 15. September 2021 in ihrer Rede zur Lage der EU angekündigt, dass die Europäische Kommission das Jahr 2022 zum „Europäischen Jahr der Jugend“ ausrufen werde. Ziel sei es, jungen Menschen in Europa, die während der Covid-19 Pandemie aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung auf viele Dinge verzichtet haben, eine positive Perspektive zu geben. Der Krieg in der Ukraine bedeutet eine tiefe Zäsur, der diese Zukunftsperspektiven gerade für junge Menschen erschüttert und sie entsprechend tief bewegt. Dies wird auf die bisherigen Planungen zum Europäischen Jahr der Jugend einen noch nicht absehbaren Einfluss haben, mit dem es angemessen und flexibel umzugehen gilt.

In Deutschland wird der Themenbereich Jugend als eine Querschnittsaufgabe, welche aller Politikfelder tangiert, verstanden. Das Jahr der Jugend strebt Synergien und gegenseitige Ergänzung mit anderen EU-Programmen - auch mit EU-Programmen internationaler Reichweite oder transnationaler Ausrichtung - für junge Menschen in allen Bereichen an. Dabei handelt es sich um Programme, die von der Entwicklung des ländlichen Raums zur Förderung von Junglandwirten über Forschungs- und Innovationsprogramme bis hin zu Kohäsions- und Klimaschutzmaßnahmen reichen. Die im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend entwickelten Initiativen werden mit 9 Millionen Euro aus Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps unterstützt. Ebenfalls wird im Jahr 2022 das neue EU-Austauschprogramm ALMA gestartet, welches sich zum Ziel gesetzt hat, für mehr länderübergreifende berufliche Mobilität benachteiligter junger Menschen zu sorgen. Zudem bieten auch die EU-Jugendgarantie und die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen den 15- bis 25-Jährigen vermehrt die Möglichkeit, sich frei zu entfalten. Eingerahmt werden diese Maßnahmen durch die EU-Jugendstrategie 2019-2027, welche die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU einbettet. Die Konferenz zur Zukunft Europas wird parallel dafür Sorge tragen, dass die Ansichten und Meinungen junger Menschen auf europäischer Ebene Gehör finden werden.

Das Europäische Jahr der Jugend 2022 bietet die Chance, die gesellschaftliche Debatte über ein gutes Leben junger Brandenburgerinnen und Brandenburger in der Breite der Gesellschaft anzuregen und nachhaltige Zukunftsperspektiven für die junge Generation in einem friedlichen Europa zu schaffen.